

Christa Thoben, MdL,

Vorsitzende des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik:

# 1992 ist ein magisches Datum für die Europäische Gemeinschaft

Neuer Binnenmarkt ist eine einzigartige Herausforderung  
für die deutsche Wirtschaft

**Das Ziel ist abgesteckt: Bis 1992 sollen die 12 Staaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) einen Markt ohne Binnengrenzen bilden, in dem ein freier Austausch von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital gewährleistet ist. Das magische Datum stellt eine einzigartige Herausforderung für die deutsche Wirtschaft dar – und zugleich eine große Chance.**

Die Grundidee ist einfach: Mit der Beseitigung von Handelshemmissen gehen eine Umstrukturierung des gemeinschaftlichen Produktionspotentials, eine intensive europäische Arbeitsteilung und eine größere Wahlfreiheit für den Verbraucher einher. Die Vorteile eines großen Marktes verbinden sich mit denen eines freien Marktes, und zwar zum Nutzen aller.

Der europäische Binnenmarkt wird vielen größeren Unternehmen kein Kopfzerbrechen bereiten. Diese sind in der Regel gut gewappnet, haben sie sich doch schon in der Vergangenheit europäisch bzw. weltweit orientiert. Anders bei kleinen und mittleren Unternehmen: Sie, die sich bisher überwiegend auf lokale und nationale Märkte beschränkt haben, erhalten — vor allem in grenznahen Gebieten — zusätzliche Konkurrenten. Mit dem härteren Wettbewerb wird ihr Risiko wachsen, zumal ein gewisser Druck auf die Preise nicht auszuschließen ist.

Der europäische Binnenmarkt eröffnet aber auch ihnen neue Absatzmöglichkeiten, mithin die Chance, die Auftragslage zu verbessern. Zumindest in grenznahen Gebieten dürfte sich der gegenseitige Austausch von Waren und Dienstleistungen verstärken. Soweit kleine und mittlere Unternehmen Zulieferer für großindustrielle Hersteller sind, werden sie von den neuen Möglichkeiten profitieren können, die der „grenzenlose Markt“ den Großen eröffnet. Von Vorteil ist obendrein die Abschaffung verwaltungstechnischer Kontrollen im Warenverkehr. Entsprechende Anforderungen belasten nämlich kleine und mittlere Unternehmen ungleich stärker als Großunternehmen. Was für die Bundesrepublik Deutschland gilt, gilt auch für EG-Europa: Kleine und mittlere Unternehmen gewährleisten durch ihre Anpassungsfähigkeit eine sichere und kundennahe Versorgung der Verbraucher. Sie erschließen Marktluiken und bieten individuelle Service- und Beratungsle-

stungen. Sie besitzen ein hohes Maß an Innovationskraft und sind damit in besonderer Weise geeignet, die Rolle des Pionierunternehmens in einer wettbewerbsorientierten Wirtschaft zu übernehmen. Derart anpassungsfähig, werden sie die Entwicklungschancen, die sich sowohl aus der zu erwartenden Marktexpansion als auch der zunehmenden Differenzierung der Nachfrage ergeben, zu nutzen wissen. Der für kleine und mittlere Unternehmen zuständige spanische EG-Kommissar Abel Matutes schätzt, daß rund 40 Prozent der Verbrauchsgüter, die im Jahr 2000 auf dem europäischen Binnenmarkt nachgefragt werden, heute noch unbekannt sind.

**Kleine und mittlere exportorientierte Unternehmen können ihre spezifischen Stärken jedoch nur dann ausspielen, wenn die Wettbewerbs-, Steuer-, Kapitalmarkt- und Sozialpolitik faire Rahmenbedingungen schafft.** Zur Integration gehört ein bestimmtes Maß an Harmonisierung, nicht ein Übermaß. Das Motto kann nur lauten: **Soviel Rechtsangleichung wie nötig, soviel gegenseitige Anerkennung wie möglich.** Der Wettbewerb sollte auch hier als Entdeckungsverfahren verstanden werden, mit dessen Hilfe sich die besseren nationalen Regelungen durchsetzen und die schlechteren an den besseren ausrichten.

**Wichtig ist aber auch, daß sich kleine und mittlere Unternehmen ihre Chancen bewußt machen und sich auf den europäischen Binnenmarkt rechtzeitig einstellen.** Mehr als früher noch sind die fundierte Aus- und Fortbildung sowie der international orientierte, mehrsprachige Mitarbeiter gefordert. Hinzu kommen muß eine verstärkte Information und Beratung der Betriebe, und zwar hinsichtlich von

EG-Rechtsvorschriften, Forschungsprogrammen, Beihilfen, Drittlandsmärkten und öffentlichen Ausschreibungen.

Vor allem bei der Liberalisierung des öffentlichen Auftragswesens gibt es große Defizite im EG-Binnenmarkt. Für viele scheint es noch eine Selbstverständlichkeit zu sein, daß öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die im eigenen Land oder sogar nur in der eigenen Stadt ihren Sitz haben. Laut Statistik der EG-Kommission werden in Deutschland an ausländische Anbieter nur 4 Prozent des Auftragsvolumens, in Großbritannien sogar nur 0,56 Prozent vergeben. Vergegenwärtigt man sich, daß rund eine Billion DM im öffentlichen Auftragswesen vergeben werden, so muß mit der Öffnung dieses geschützten Beschaffungsmarktes ab 1992 sowohl mit Chancen als aber auch mit zusätzlichem Wettbewerb für die Unternehmen gerechnet werden. Das gilt besonders für die Unternehmen, die in der Bundesrepublik einen Großteil ihres Umsatzes öffentlichen Aufträgen, sei es der Kommunen, sei es der Länder oder auch des Bundes, verdanken. Hier bietet sich ein umfangreiches und dringliches Betätigungsfeld für die Wirtschaftsorganisationen.

Vor diesem Hintergrund gilt es, **den deutschen Unternehmen Informationen über Ausschreibungen aus den Nachbarländern qualifiziert und frühzeitig anzubieten**, damit neben dem voraussehbar zunehmenden Wettbewerb auch die neuen Chancen gerade von kleinen und mittleren Unternehmen ergriffen werden können.

Gelingt dies, wird der europäische Binnenmarkt für die kleinen und mittleren Unternehmen ein wirtschaftliches Zugpferd sein, nicht ein Schreckgespenst.

Hermann-Josef Arentz, MdL,

Vorsitzender des Bundesfachausschusses Sozialpolitik:

# „Neue Chance des Helfens – Neuentdeckung des Ehrenamtes“

Freiwillige Hilfe ist unverzichtbare Ergänzung der sozialen Dienste

Etwa sieben Millionen Bürger üben irgendeine „ehrenamtliche Tätigkeit“ aus. Im sozialen Bereich sind etwa zwei Millionen Menschen freiwillig in Wohlfahrtsverbänden, Kirchengemeinden, Nachbarschaftshilfen und Selbsthilfegruppen ehrenamtlich tätig. 80 Prozent davon sind Frauen. Die durchschnittliche Dauer des wöchentlichen Engagements beträgt schätzungsweise 10 Stunden. Dies ergibt ein Gesamtvolumen von 900 Millionen Stunden ehrenamtlicher sozialer Hilfe im Jahr. Damit wird eine ungeheure Leistung für die Allgemeinheit erbracht, die vorsichtig geschätzt einem Wert von 22,5 Milliarden DM entspricht. Die freiwillige ehrenamtliche Hilfe im sozialen Bereich ist nach Auffassung der CDU eine unverzichtbare Ergänzung der professionellen sozialen Dienste.

Steigende Lebenserwartung und gleichzeitig sinkende Geburtenzahlen verändern die Altersstruktur der Bevölkerung. Diese Herausforderung muß nicht nur im materiellen Bereich gemeistert werden (Rentenversicherung, Krankenversicherung), sondern führt auch zu einem rapide wachsenden Bedarf an sozialen Dienstleistungen:

- mehr alte Menschen brauchen auch mehr personale Hilfeleistungen,
- einem Mehr an Pflegefällen steht eine sinkende Zahl an Pflegekräften gegenüber,
- die steigende Zahl an Einpersonenhaushalten (in Großstädten über 500 000 Einwohner: 42 Prozent) schafft zusätzliche Engpässe bei der Betreuung,
- auch die Zahl der Zivildienstleistenden wird parallel zum Rückgang der Geburtenjahrgänge in den 70er Jahren deutlich zurückgehen.

## Neue Chancen und Aufgaben für das Ehrenamt

Der wachsende Bedarf an sozialen Diensten macht nicht nur mehr professionelle soziale Dienste nötig. Erforderlich ist eine Offensive für das Ehrenamt, ein Ausbau der freiwilligen Hilfe, um Isolierung, Kontaktarmut und Vereinsamung zu bekämpfen. Der „soziale Tod“ wird zu einer zunehmenden Gefahr für viele ältere Menschen.

In überraschend hohem Maße ist die Bereitschaft vorhanden,

- freiwillig anderen zu helfen,
- sich von freiwilligen Helfern helfen zu lassen.

Während heute nur drei Prozent aller Bürger ehrenamtlich im sozialen Bereich tätig sind, sind schätzungsweise bis zu 30 Prozent der Bürger zu freiwilliger sozialer Hilfe bereit.

95 Prozent der über 60jährigen sind

bereit, sich von freiwilligen Helfern helfen zu lassen. Freiwillige ehrenamtliche soziale Tätigkeit steht also in hohem Kurs.

### Vorschläge zur Förderung freiwilligen und ehrenamtlichen Helfens

- In jeder Gemeinde und jeder Stadt ist eine Vermittlungsbörse für soziale Dienste einzurichten. Sie soll diejenigen, die Hilfe haben wollen und diejenigen, die Hilfe brauchen, zusammenbringen.
- Freiwillige Helfer brauchen professionelle Anleitung, Erfahrungsaustausch und Weiterbildung. Soweit sie berufstätig sind, ist ihnen hierfür ein „Sozialurlaub“ zu gewähren.
- Die gesellschaftliche Anerkennung des freiwilligen sozialen Helfens muß in der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig erhöht werden. Das Sozialprestige praktizierter Nächstenliebe muß wachsen.

Wir appellieren an die Arbeitgeber,

Bewerbungen mit ehrenamtlichen sozialen Tätigkeiten als Zeichen besonderen Engagements und besonderer Motivation zu berücksichtigen. Die öffentlichen Arbeitgeber müssen dabei mit gutem Beispiel vorangehen.

Wir fordern die Kultusminister auf, das freiwillige soziale Engagement mit seinen vielfältigen Möglichkeiten zum Gegenstand des Schulunterrichts in Theorie und Praxis (Schulpraktika) zu machen.

- Notwendig ist ein Ausgleich der finanziellen Belastungen, die mit den sozialen Ehrenamtlichen verbunden sind. Bund, Länder und Gemeinden müssen finanzielle Mittel bereitstellen, aus denen ehrenamtlichen Mitarbeitern Kosten erstattet werden oder pauschal eine Aufwandsentschädigung gezahlt wird.
- Für Ehrenamtliche, die sehr viel Zeit für diese Tätigkeit aufbringen, muß geprüft werden, ob nicht ein Beitrag zu ihrer Alterssicherung aus Steuermitteln erbracht wird.

CDA-Frauen in Nordrhein-Westfalen fordern:

## Familienpflege auch in der Rentenversicherung abstützen

Immer mehr Menschen erreichen heute ein Alter, in dem die selbständige Lebensführung zum Problem wird. Wenn sie pflegebedürftig werden, können heute 90 Prozent von ihnen auf Hilfe innerhalb ihrer Familie rechnen. Dies wird sich in Zukunft entscheidend ändern, wenn die Familienpflege nicht stärker als bisher gefördert wird. Die Folge wird eine Kostenlawine im Bereich der Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sein, die das öffentliche Gesundheitswesen weiter belasten wird.

Deshalb begrüßt die Arbeitsgemeinschaft Berufstätige Frauen in der nordrhein-westfälischen CDA ausdrücklich die in der Gesundheitsstrukturreform vorgesehenen Maßnahmen zur Absicherung der häuslichen Pflege. Die Übernahme der Pflege durch ambulante Dienste für die Dauer von 4 Wochen jährlich wird vielen pflegenden Frauen erstmals einen Urlaub von ihrer schweren Tätigkeit ermöglichen. Auch die Finanzierung von monatlich 25 Pflegeeinsätzen zu je einer Stunde

# Regierung Rau ist für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen eine Katastrophe

Adolf Herkenrath, MdB: Gemeinden wird der Geldhahn zugeschraubt!

Es ist zwar bekannt, doch es wird gerne verschwiegen: Die Sozialdemokraten haben Nordrhein-Westfalen finanziell abgewirtschaftet. Die Kasse ist leer. An Investitionen, die neue Arbeitsplätze schaffen können, ist nicht zu denken. Stahl und Kohle stecken in einer langanhaltenden Krise. Auch viele Städte und Gemeinden des Landes stehen vor dem finanziellen Ruin — im Gegensatz zu den meisten anderen deutschen Städten und Gemeinden. Diese haben seit 1982 ihre Finanzsituation dank eines konsequenten Sparkurses und besserer Einnahmen deutlich verbessert. Die Bundesstatistik weist einen positiven Trend aus.

## **Streckenweise katastrophal**

Ganz anders ist die Situation in vielen Städten von Nordrhein-Westfalen. Insbe-

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

deutet eine erhebliche Entlastung der Pflegepersonen. Dies wird für Frauen der wichtigste Bestandteil der Strukturreform im Gesundheitswesen, der bisher öffentlich viel zu wenig gewürdigt wird.

Eine langfristige Sicherung der häuslichen Pflege ist nach Auffassung der CDA-Frauen aber nur erreichbar, wenn für alle Pflegenden der Pflegetätigkeit auch in der Rentenversicherung berücksichtigt wird. Die Arbeitsgemeinschaft fordert deshalb die Bundesregierung auf, die Einbeziehung von Pflegetätigkeit bei der geplanten Rentenreform unter keinen Umständen zu vernachlässigen.

sondere im Ruhrgebiet. Die Lage ist streckenweise katastrophal geworden.

Der Grund: Die Ausgaben steigen bei stagnierenden Einnahmen. Schuld daran sind die hohen Personalkosten, die wachsenden Ausgaben zur Unterhaltung öffentlicher Einrichtungen und die steigenden Sozialhilfeausgaben. So weit, so schlecht. Der eigentliche Skandal aber wird erst erkennbar, wenn man die Entwicklung der kommunalen Einnahmen unter die Lupe nimmt. Dann wird deutlich: Die Regierung Rau kommt ihrer Pflicht zum Finanzausgleich nicht nach und ist der Totengräber der Gemeinden und Städte. So kletterte zum Beispiel der kommunale Anteil an der Einkommensteuer von 1980 bis 1987 im Bundesdurchschnitt um 19 Prozent. Die eigenen Steuereinnahmen der Kommunen stiegen in diesen Jahren im Durchschnitt sogar um 29 Prozent und allein im ersten Quartal des Jahres 1988 stiegen die Einnahmen um 9,8 Prozent und damit so stark an wie seit 1980 nicht mehr.

## **„Folterkatalog“ der Genossen**

Anders in Nordrhein-Westfalen. Der Bundesdurchschnitt und die bundesweite Statistik könnten noch wesentlich besser aussehen, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen die Einnahmen der Kommunen seit 1980 sich praktisch nicht verändert haben. Hier nur wenige Zahlen. 1980 gab die Landesregierung in Düsseldorf den Kommunen 14,314 Milliarden Mark, 1987 waren es nur noch 13,1 Milliarden

# Blüm: Bundesregierung federt den Strukturwandel sozial ab

Hilfen für die Menschen in Stahl- und Kohleindustrie

Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm hat zu Beginn des Saarlandsgespräches bei Bundeskanzler Kohl dem saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine ein erstes Exemplar der Änderungsrichtlinien für Beihilfen nach Art. 56 § 2b) des Montanunionvertrages überreicht. „Damit“, so Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm, „haben wir einen weiteren wichtigen Beitrag geleistet, den erforderlichen Strukturwandel in der Eisen- und Stahlindustrie sozialverträglich zu gestalten.“

Folgende Leistungsverbesserungen nach Artikel 56 § 2b) Montanunionvertrag treten rückwirkend ab 1. Januar 1987 für Anpassungsmaßnahmen bis zum 31. Dezember 1990 in Kraft:

- Erhöhung der Abfindung von vorher 6 000 auf 9 000 DM für das erste Jahr nach der Freisetzung.
- Im Rahmen von Sozialplänen stocken die Unternehmen Arbeitslosengeld bzw. -hilfe bis zu 90 v. H. des letzten Nettoarbeitsentgelts auf. Bisher wurden als Über-

gangshilfe 50 v. H. dieser Kosten von der öffentlichen Hand getragen. Jetzt steigt der Beteiligungssatz auf 60 v. H.

■ Die öffentliche Hand ist bereit, ihre — insgesamt 5 Jahre umfassenden — Leistungen für ausscheidende Arbeitnehmer, die besonders schwierigen Arbeitsbedingungen ausgesetzt waren (sog. 1. und 2. Hitze), bereits ab dem 52. Lebensjahr zu gewähren.

Im Oktober 1987 hatte die Bundesregierung beschlossen, den Anpassungsprozeß

*(Fortsetzung von der vorigen Seite)*

Mark, also nicht nur Stagnation, sondern sogar Rückgang. Die übrigen Flächenländer ohne Nordrhein-Westfalen lassen die Kommunen an den gestiegenen Einnahmen mit den folgenden Zahlen teilnehmen: 1980: 27,314 Milliarden Mark, 1987: 32,942 Milliarden Mark, das heißt eine Steigerung von mehr als 5,5 Milliarden Mark. Die Einnahmen des Landes Düsseldorf stiegen im gleichen Zeitraum um 26 Prozent, ohne daß das Land einen Teil der Steigerungen an die Kommunen weitergegeben hat. Um das Geld zu behalten, ließen die Genossen ihrer Phantasie freien Lauf. Ihr „Folterkatalog“: Der allgemeine Steuerverbundsatz wurde

in mehreren Schritten von 28,5 auf 23 Prozent gesenkt. Der Verbundsatz bei der Kraftfahrzeugsteuer von 30 auf 25 Prozent und der Gemeindeanteil an der Grunderwerbssteuer fiel gleichsam ins Bodenlose — von 64,3 auf 23 Prozent. Dies sind nur einige Beispiele, denen man weitere hinzufügen kann.

## Vorwurf an Bonn absurd

Der Vorwurf der Regierung Rau, die Bundesregierung treibe die Kommunen in den finanziellen Ruin, ist deshalb absurd. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die Düsseldorfer SPD-Regierung dreht den Kommunen mehr und mehr den Hahn zu. Sie muß abgelöst werden.

in der Eisen- und Stahlindustrie mit weiteren Maßnahmen sozial zu flankieren. Hierfür stellt sie 330 Mio. DM zur Verfügung, die betroffenen Länder beteiligen sich mit 165 Mio. DM. Zusätzliche Hilfen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften bis zur Höhe von 150 Mio. DM werden erwartet.

**Rückwirkend zum 1. Januar 1987**  
traten folgende Leistungsverbesserungen in Kraft:

- Die Bezugszeit für das Wartegeld, mit dem das gesetzliche Arbeitslosengeld auf etwa 85 v. H. des früheren Nettoarbeitsentgelts aufgestockt wird, wurde von vorher einheitlich 12 Monaten verlängert, und zwar für Arbeitnehmer, die 42 Jahre alt sind, auf 18 Monate, 44 Jahre alt sind, auf 22 Monate, 49 Jahre alt sind, auf 26 Monate, 54 Jahre alt sind, auf 32 Monate.
- Die Umschulungszulage, die zusätzlich zum gesetzlichen Unterhaltsgeld für die Gesamtdauer einer Umschulungsmaßnahme gewährt wird, beträgt statt zuvor

60 DM monatlich für Ledige und 75 DM monatlich für Verheiratete nunmehr einheitlich 200 DM monatlich.

■ Der Einkommenshöchstbetrag für die Übergangshilfe, die den älteren Stahlarbeitnehmern einen sozial abgesicherten Übergang in die Altersrente ermöglicht, wurde von 2 500 DM auf 3 000 DM monatlich erhöht.

Dazu Bundesarbeitsminister Norbert Blüm: „Die Bundesregierung steht zu den von ihr eingegangenen Verpflichtungen. Wir wenden für die sozialverträgliche Gestaltung des strukturellen Wandels in der Stahlindustrie erhebliche finanzielle Mittel auf.“

Wurden 1982 dafür 36,6 Mio. DM ausgeben, waren es 1987 205,2 Mio. DM. Für 1988 sind 257,1 Mio. DM eingeplant. Insgesamt werden sich die Ausgaben für soziale Anpassungsbeihilfen für die Zeit von 1987 bis 1991 auf 1 125,8 Mio. DM belaufen. Diese Zahlen belegen das Engagement der Bundesregierung nachdrücklich. Keine Bundesregierung vorher hat den Strukturwandel bei Kohle und Stahl so massiv unterstützt wie diese.“

## Landesdelegiertentagung der Mittelstandsvereinigung

Die 3. Landesdelegiertentagung der Mittelstandsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen wird am 7. und 8. Oktober in Münster stattfinden. Die Sitzung des Landesvorstandes mit den Kreis- und Bezirksvorsitzenden ist auf Freitag, 16 Uhr, angesetzt. Um 19 Uhr empfängt der Oberbürgermeister der Stadt Münster die Mittelständler. In der Halle Münsterland wird am Samstag gegen 10 Uhr Ministerpräsident Lothar Späth ein Referat halten; der Landesvorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen, Norbert Blüm, wird gegen 14 Uhr reden.

Bei diesem Mittelstandstag sollen die Ehepartner mit eingebunden werden können. Die Stadt Münster bietet exzellente Rahmenprogramme.

# Termine

2. 8. 1988	19.00 Uhr	Summer-University der European Democrat Students	Bonn-Bad Godesberg
26. 8. 1988		Start: Aktionswoche Schule	Kerpen-Buir
30. 8. 1988	17.00 Uhr	LFA Wissenschaft und Forschung	Düsseldorf
3. 9. 1988	10.30 Uhr	Schulpolitische Kundgebung mit Norbert Blüm	Warendorf
3./4. 9. 1988		LFA Sport/Bu. Veranstaltung	Warendorf
8. 9. 1988	19.00 Uhr	LFA Wirtschafts- und Strukturpolitik	Düsseldorf
9. 9. 1988	15.00 Uhr	LFA Sicherheitspolitik	
24. 9. 1988		Fachkongreß „Ist Arbeit alles? — Sport — Freizeit — Gesundheit“	Leverkusen
10./11. 9. 1988, 10.00 Uhr		5. NRW-Tag der JU	Lübbecke
1. 10. 1988		Kongreß: „Die Zukunft der Fachhochschulen. Ideen schmieden für unser Land“	
4. 10. 1988	17.00 Uhr	LFA Wissenschaft und Forschung	Bochum
5. 10. 1988	15.00 Uhr	LFA Kulturpolitik	Düsseldorf
8. 10. 1988	10.30 Uhr	KPV/NW-Fachtagung „Wasserwerke als Eigenbetrieb“	Erkelenz
13. 10. 1988	19.00 Uhr	LFA Wirtschafts- und Strukturpolitik	Kerpen
14. 10. 1988		Unternehmergegespräch mit Ministerpräsident Lothar Späth	Düsseldorf
15. 10. 1988	10.00 Uhr	Tagung „Sitzungen Wehrpflichtiger“	Düsseldorf
18. 10. 1988	19.00 Uhr	Unternehmergegespräch mit Dr. Erich Riedl, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium	Augustdorf
26. 10. 1988	19.00 Uhr	Unternehmergegespräch mit Umweltminister Karlheinz Weimar	Heinsberg
29. 10. 1988	10.00 Uhr	Fachtagung „50 Jahre Reichskristallnacht“	Hessen
10. 11. 1988	19.00 Uhr	Unternehmergegespräch mit Bundesminister Schäuble	Münster
11. 11. 1988	15.00 Uhr	LFA Sicherheitspolitik	Köln
12. 11. 1988		5. Landesparteitag „Gemeinsam unser Land erneuern“	Aachen
15. 11. 1988	17.00 Uhr	LFA Wirtschafts- u. Strukturpolitik	Düsseldorf